

Diskriminierung in Israel

Als einzige katholische Menschenrechtsorganisation prangert die „Gesellschaft vom heiligen Ivo“ Verstöße gegen die Rechte der Palästinenser an. Viel bewegen konnte sie bisher nicht

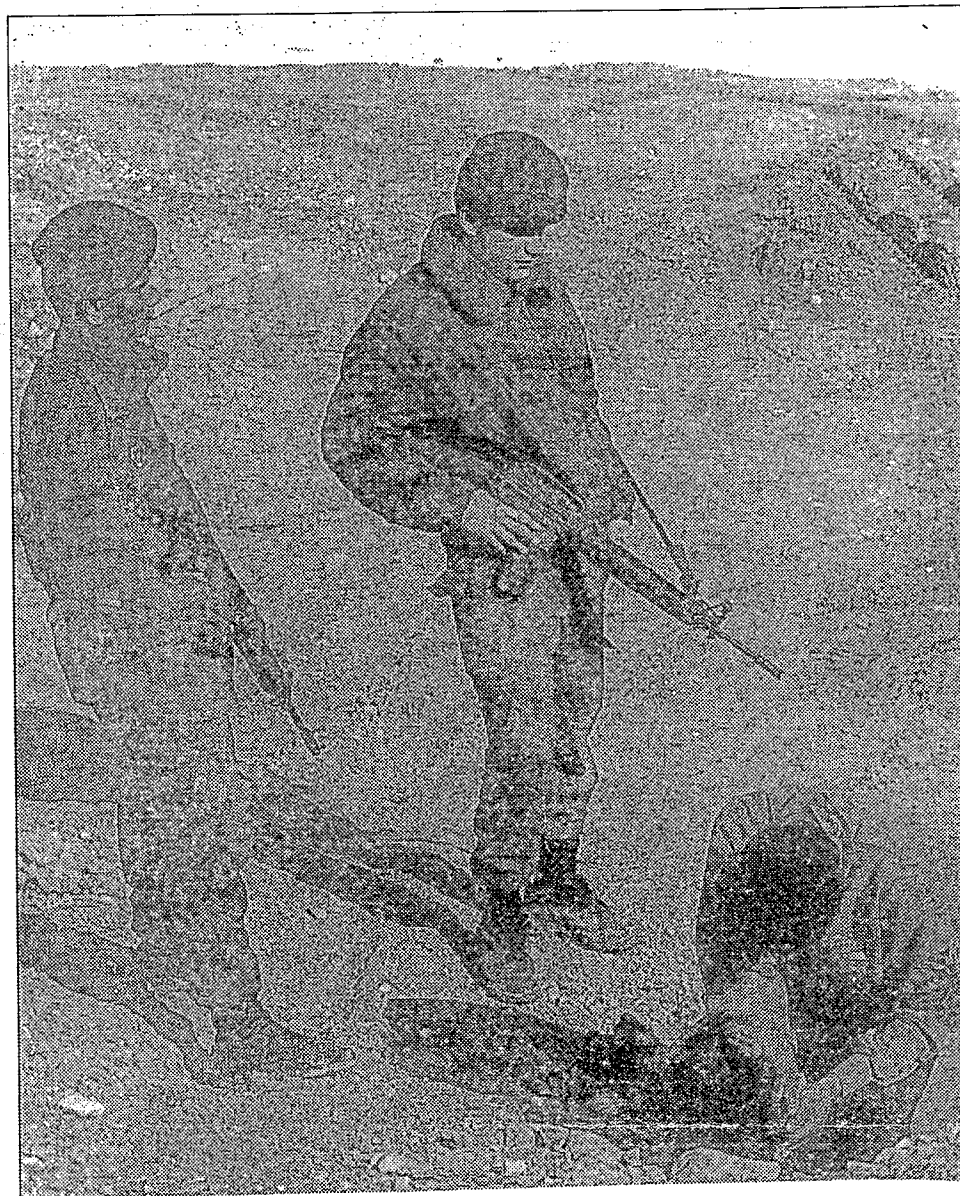
Wo Legalität die Gewalt tarnt

Von LUDWIG WATZAL, Jerusalem

Gerade ist die Weltmenschenrechtskonferenz in Wien mit einer fünfseitigen nichtssagenden Erklärung zu Ende gegangen, da hat der graue Alltag der Menschenrechtsverletzungen auch die letzten Optimisten wieder auf den Boden der Realität zurückgeholt. Durch das Medienspektakel ist eine andere Konferenz von der Weltöffentlichkeit – wenigstens in Deutschland – völlig vergessen worden.

und Sozialversicherungssystem und im alltäglichen Leben zu begehen. Die Liste der rechtsstaatswidrigen Vergehen ließe sich beliebig verlängern. Diesen Menschenrechtsverletzungen hat die Society of St. Yves unter ihrer resoluten Leiterin, Rechtsanwältin Lynda Brayer, den Kampf angesagt.

Die Gesellschaft vom heiligen Ivo ist in vieler Hinsicht ein Kuriosum unter den zahlreichen israelischen und palästinensi-



ten ähnele der in Südafrika. So ziele die totale Abriegelung der Gebiete seit dem 30. März 1993 auf die Schaffung von „Homelands“, über die die Israelis die Souverintät besäßen. Die Menschen dieser „Homelands“ wären dann nicht „Staatenlose“, sondern Bürger derselben. Damit hätte Israel die Kontrolle über das Land, ohne den Palästinensern die Staatsbürgerschaft zu geben. Die Macht läge in West-Jerusalem, ebenso wie die Macht über die südafrikanischen „Homelands“ in Pretoria lag.

Israel benähme sich wie ein „Paria-Staat“ in der internationalen Staatengemeinschaft. Es erkenne nur die Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1907 an; alle anderen Menschenrechtspakete seien nach israelischer Meinung auf die Situation in den besetzten Gebieten nicht anwendbar. Nach der HLKO ist Israel verpflichtet, die vorgefundenen Strukturen, die lokale Regierung wie die Institutionen des besetzten Gebietes während seiner Besatzungszeit und bis zu deren Ende in ihrem Status zu erhalten. Nach Artikel 55 HLKO darf eine Besatzungsmacht nur Staatseigentum nutzen und verwalten. Israel betrachtet den größten Teil des Landes aber als „Staatsland“, entzieht die Palästinenser mit dem fadenscheinigen Sicherheitsargument und läßt das Land durch die israelische Landbehörde dann an die


In Israel fand am 13. und 14. Juni 1993 eine Konferenz mit dem Titel: „Der internationale Kampf gegen die Folter und das israelische Beispiel“ statt, an der Vertreter verschiedener israelischer und palästinensischer Menschenrechtsorganisationen sowie Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes, von amnesty international und der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees“ (UNRWA) teilnahmen. Veranstalter waren die „Vereinigung israelisch-palästinensischer Ärzte für Menschenrechte“ (PHR) und das „Öffentliche Komitee gegen Folter in Israel“ (PCATI). Diese Konferenz hat offenbart, daß in Israel mit Wissen und Billigung der Regierung Palästinenser durch den Geheimdienst Shin Bet massiv gefoltert werden. Einige der Folteropfer sterben an den Mißhandlungen, andere begehen aus Verzweiflung Selbstmord, und der Rest, der die Folterkammern der Shin Bet und die anschließenden Haftstrafen übersteht, trägt lebenslange physische und psychische Schäden davon, so der Tenor der Konferenz. Als Kuriosum sei erwähnt, daß Israel die UN-Folterkonvention 1986 unterzeichnet und 1991 ratifiziert hat.

Die latenten Menschenrechtsverletzungen in den von Israel besetzten Gebieten beschränken sich nicht nur auf die Folterungen durch den Geheimdienst, sondern betreffen das tägliche Leben der Palästinenser. So übt das Militär eine Herrschaft aus, die auch im entferntesten nichts mehr mit einem rechtsstaatlichen Verhalten zu tun hat, sondern „reine Willkür“ ist. Eine nach Meinung der israelischen Rechtsanwältin Felicia Langer als verhängnisvoll zu bezeichnende Sicherheitsdoktrin gestattet es den Besatzungstruppen, Häuser zu sprengen oder zu versiegeln, beliebig Ausgangssperren zu verhängen, Todesschwadronen – sogenannte „undercover units“ – nach „wanted persons“ auszusenden, die, als Araber verkleidet, diese liquidieren sollen, völkerrechtswidrige Deportationen durchzuführen, Menschen unter Administrativhaft zu stellen und in Internierungsager zu sperren – ohne ausreichenden rechtsstaatlichen Rechtsschutz zu gewährleisten – sowie Diskriminierungen im Steuer-

system. Die israelische Gesellschaft sei die einzige katholische unter der Schirmherrschaft des katholischen Patriarchen von Jerusalem, dem Palästinenser Michel Sabbah, ist sie auf exterritorialem Gelände im Notre-Dame-Komplex untergebracht, das dem Vatikan gehört. Geleitet wird die Gesellschaft von einer in Südafrika geborenen Jüdin, die am Fest Allerheiligen im Jahre 1988 zum katholischen Glauben übergetreten ist.

Die katholische Konvertitin ist ein charmantes Energiebündel, auf den ersten Blick extrovertiert. Beim Nachfragen stellt sich heraus, daß sie eigentlich gerne allein wäre; sie bewundert die Trappisten. Frau Brayer beschreibt sich selbst als ein Paradoxon: „Eine israelische Jüdin, die Palästinensern in einer solchen Zeit hilft, eine gutgehende Anwaltskanzlei aufgibt und in eine finanziell ungewisse Zukunft abbricht, kann nicht normal sein.“ In ihrem vierzehnten Lebensjahr sah sie den Film „Die Geschichte einer Nonne“, der sie tief beeindruckt habe; insbesondere der Teil, als die Priorin den jungen Postulantinnen am Gründonnerstag die Füße geküßt habe. „Eine solche Form der Demut war für mich völlig neu.“ Deshalb äußerte sie damals den Wunsch, Nonne zu werden. „Alle hielten mich für verrückt.“

Bei ihrer Auseinandersetzung mit Judentum und Zionismus entdeckte Lynda Brayer zwei verschiedene Wertordnungen in Israel. Das „neue Jerusalem“, das das moderne Israel ist, erschien ihr als eine Wiederbelebung von Sparta, wo die Kriegskunst den höchsten gesellschaftlichen Wert darstellte. Der Zionismus habe dem modernen Juden das Judentum in dieser Form nahegebracht und damit jene alten jüdischen Werte ersetzt, die in der Bibel genannt werden. „Das wahre Judentum mußte sich dem Zionismus unterordnen.“ Das Gutsein gegenüber dem Fremden und den Witwen wird besonders im Talmud herausgestellt; es findet sich aber auch bei den Propheten. „Die Tragödie für mich besteht darin, daß der Zionismus Werte betont, die nicht wichtig für das Judentum sind.“ Der Zionismus habe keine moralische Basis. Die israelische Gesellschaft sei



Israelische Grenzsoldaten halten einen verdächtigen Palästinenser in Schach. Die Militärherrschaft prägt das Alltagsbild. Oft scheint sie der Willkür näher als dem Rechtsstaat.

Foto: dpa

egoistisch und egozentrisch. Auch das religiöse System sei voller Widersprüche und Diskriminierungen. So sei der Unglaube des Ehemanns kein Scheidungsgrund, wohingegen der der Frauen als Grund anerkannt werde.

Wie kam es nun zur Gründung der Gesellschaft vom heiligen Ivo? Als Lynda Brayer am 11. Mai 1990 aus der Messe kam, war sie völlig frustriert. Sie wandte sich an einen Jesuitenpater mit der Frage: „Pater, was kann die katholische Kirche für die Armen und Unterdrückten in Palästina tun? Warum haben wir keine Art Rechtsbeistand für die Palästinenser unter der Besatzung?“ Dies war die Geburtsstunde der Gesellschaft. Nach Beratungen mit dem südafrikanischen Dominikanerpater Albert Nolen und Rechtsanwälten, die gegen das Apartheid-System gekämpft hatten, wurde die Gesellschaft vom heiligen Ivo am 1. Januar 1991 gegründet. Als Schutzpatron wurde Ivo erwählt, weil sich der Heilige als Anwalt und Priester für die Unterdrückten und Armen eingesetzt hatte. Er starb am 19. Mai 1302 im Alter von fünfzig Jahren.

Auf einen Schlag berühmt wurde die Gesellschaft durch die „Gasmasken-Entscheidung“ des Obersten Gerichts in Israel. Während des zweiten Golfkrieges wurden an alle Israelis und die Siedler in den besetzten Gebieten Gasmasken verteilt, nur die Palästinenser, die dem gleichen Risiko ausgesetzt waren, bekamen keine. Als die Association for Civil Rights in Israel

(ACRI) sich weigerte, eine Eingabe an das Oberste Gericht in dieser Sache einzureichen, schlug die Stunde Lynda Brayers. Sie argumentierte vor dem Obersten Gericht, daß die Palästinenser auch Menschen seien und Israel als Besatzungsmacht diese zu schützen habe; dieser Argumentation schloß sich das Oberste Gericht an und ordnete die Verteilung an. Die Entscheidung wurde aber niemals umgesetzt, da die Regierung nur 172 000 Gasmasken für über eine Million Palästinenser hatte; viele von diesen funktionierten obendrein nicht.

Nach Lynda Brayer lehne das Oberste Gericht alle Eingaben ab, die Fragen der Sicherheit berührten; da sich das Gericht keine Kompetenz in diesen Fragen anmaße. Auch verweigert sich das Gericht einer rechtlichen Bewertung der Militärgesetze, die aufgrund von eigenen Militär- und Notstandsverordnungen aus der türkischen, britischen und jordanischen Besatzungszeit „Recht“ sprechen. Frau Brayer hält alle Entscheidungen der Militärgerichte für völkerrechtswidrig und illegal, da sie nicht gerichtlich überprüft werden können. Die Nachprüfung wird vom Militärkommandanten wahrgenommen; er kann das Strafmaß verringern. Ein solches Verfahren sei ein reiner „Gnadenakt“.

„In Israel werden Menschenrechtsverletzungen unter dem Mantel der Legalität begangen“, so der Hauptvorwurf Lynda Brayers. Den Grund sieht sie im positivistischen Rechtssystem Israels, das Moralvorstellungen und Werte nicht als rechtliche Argumente akzeptiert, nicht einmal in bezug auf die Militärverordnungen. „In der Westbank und dem Gaza-Streifen gibt es keine Verfassung, keine Erklärung der Menschenrechte und keinen Moralkodex, der festlegt, was Recht und was Unrecht ist.“ Für sie ist das israelische Rechtssystem ein Spiegelbild des südafrikanischen, und die Situation in den besetzten Gebie-

Siedler verkaufen.

So überzieht man einen völkerrechtswidrigen Akt mit dem „Schleier der Legalität“. Obwohl Israel die Vierte Genfer Konvention (VGK) vom 12. August 1949 ohne Vorbe-

halte 1951 unterzeichnet hat, erkennt es deren Anwendung auf die besetzten Gebiete mit dem Argument nicht an, daß weder Ägypten noch Jordanien das Land rechtmäßig besessen hätten, weil keines der beiden Länder nach Artikel 2 VGK eine „high contracting party“ gewesen sei. Mit dieser Meinung steht Israel allein und im Widerspruch zur herrschenden internationalen Völkerrechtslehre. Da Israel diese völkerrechtlichen Grundlagen teilweise ablehnt oder gegen sie verstößt, sind seine Bekundungen zu den Menschenrechten nach Frau Brayer nur Lippenbekenntnisse. Die Palästinenser seien völlig rechtlos, da sie sich auf nichts berufen könnten.

Gibt es in der Lehre der katholischen Kirche nicht ein legitimes Recht auf Widerstand? Bei diesem Stichwort ist die „Neukatholikin“ wieder in ihrem Element. Sie zeigt dem „Altkatholiken“, daß sie ihren Thomas von Aquin beherrscht. „Selbstverständlich haben die Palästinenser ein legitimes Recht auf Widerstand“, platzt es aus ihr heraus. Sind 26 Jahre Besatzung und Unterdrückung nicht lang genug, fragt Frau Brayer rhetorisch. „Der Widerstand ist nicht ausschließlich Terrorismus.“

Gibt es einen Silberstreif der Hoffnung am Horizont? Sofort sprudelt es aus Lynda Brayer heraus: Ideen über Ideen. Aber schon hat sie die Gegenwart wieder eingeholt: Suwaha. „Wollen Sie mit mir die Trümmer zweier gesprengter Häuser in diesem Dorf anschauen? Ich muß an das Oberste Gericht appellieren, um das dritte Haus von Ibrahim Ahmad Hassan Mihal vor der Sprengung zu retten.“ Aber wie steht es nun mit ihrer persönlichen Zukunft? „Israel ist meine Heimat. Wenn aber die Palästinenser ihren eigenen Staat erhalten haben und die Menschenrechte in dieser Region wieder geachtet werden, dann könnte ich mir gut vorstellen, in der Ewigen Stadt zu leben.“